

Redaktioneller Teil

Der Geldverkehr mit Österreich und Ungarn.

Auf dem diesjährigen Internationalen Verlegerkongress in Paris sagte der Vorsitzende des Cercle de la Librairie, Herr Dr. G. Bailliére: »Europa wird von den Zollschranken ruiniert, wir müssen suchen, davon loszukommen.« Diese Auffassung gewinnt in steigendem Maße Boden unter den Gebildeten aller Länder, aber die Staatsmänner handeln zunächst nach dem entgegengesetzten Grundsatz, nicht weil sie, wie Herr Professor Mises in Wien meinte, von einer falschen nationalökonomischen Theorie besessen sind, sondern weil die Not sie dazu zwingt. Alle Völker Europas sind einer Skifahrerkolonie vergleichbar, die sich auf einem gleitenden Schneehang befindet. Wer in einer Lawine drinsteckt, denkt nicht mehr an die Gesamtheit und nicht mehr an Theorien, sondern er macht Schwimmbewegungen, um oben zu bleiben. Die Stöße, die dabei erteilt werden, sind nicht moralisch zu bewerten, sie werden diktiert vom Selbsterhaltungstrieb jeder Volksgruppe und jedes Einzelnen. Glücklich der, der ruhiges Blut bewahrt und den Kopf oben behält.

Aus dieser Lage heraus sind die Beschränkungen im Zahlungsverkehr aufzufassen, die zur Zeit für Zahlungen von Österreich und von Ungarn nach Deutschland bestehen. Dabei legen beide Völker den größten Wert auf den Austausch geistiger Güter, aber die Not ihrer Währungspolitik zwingt sie, genau wie leider Deutschland auch, zu Handlungen, an die sie ohne solche Not nie denken würden. Besonders hart werden durch diese Beschränkungen im Zahlungsverkehr der deutsche Verlag und die Leipziger Kommissionäre betroffen, denn auf die Dauer können beide nicht Waren und Geld kreditieren, ohne hierfür Zahlung zu erhalten. Da Weihnachten vor der Tür steht und im Januar die Fortsetzungen bestellt und bezahlt werden müssen, drängt alles nach einer schnellen und zweckmäßigen Beseitigung der zur Zeit bestehenden Hindernisse.

In einer Sitzung, die zwischen dem Geschäftsführenden Vorstand des Börsenvereins und Vertretern des Deutschen Verlegervereins sowie des Vereins Leipziger Kommissionäre stattgefunden hat, wurde der Vorschlag gemacht, die Übermittlung von Zahlungen aus Österreich und aus Ungarn dadurch zu ermöglichen, daß künftighin Zahlungen der Buchhändler dieser beiden Länder in jedem dieser Länder nur auf ein einziges Konto (sei es bei der Postsparkasse, sei es bei einer Bank) erfolgen sollten. Treuhänderischer Namensträger eines solchen »Deutschen Buchhandelskontos« in Österreich und in Ungarn sollte die Girokasse des Vereins Leipziger Kommissionäre als Vertreterin des gesamten deutschen Verlagsbuchhandels sowie der Kommissionäre werden. Seitens der Österreichischen bzw. der Ungarischen Nationalbank sollten die auf dieses Konto erfolgten Überweisungen zur Weiterüberweisung nach Deutschland freigegeben werden. Durch die Girokasse des Vereins Leipziger Kommissionäre sollte unverzüglich die Umrechnung der eingegangenen Schilling- bzw. Pengö-Beträge in Reichsmark zu dem Kurs erfolgen, der für die summarische Überweisung bei der Deutschen Reichsbank erlöst wurde. Die Girokasse sollte es weiterhin übernehmen, auf dem Wege des ihr zur Verfügung stehenden Clearing der Kommissionäre die Verteilung der eingegangenen Beträge in Reichsmark an die Zahlungsempfänger zu bewirken. Dieser Vorschlag sollte der Österreichischen bzw. der Ungarischen Nationalbank den Vorteil erschließen, die Bewegungen auf diesen »Deutschen Buchhandels-

konten« zu kontrollieren und insbesondere sich zu vergewissern, daß durch diese Konten tatsächlich nur Gelder laufen, die den deutschen und den österreichischen Buchhandel betreffen.

Dieser Vorschlag hatte den Vorteil großer Einfachheit und bot keinerlei technische Schwierigkeiten. Der österreichische und ebenso der ungarische Buchhandel sind zahlungswillig. Die Konten waren mit leichter Mühe zu schaffen, die Kontrolle durch die Nationalbank war gegeben, denn der ganze buchhändlerische Zahlungsverkehr aus diesen beiden Ländern hätte sich sozusagen auf einen einzigen Kanal beschränkt, der damit von Land zu Land gelegt worden wäre.

Nachdem dieser Gedankengang festlag, wurden ausführliche Eingaben ausgearbeitet, in denen auch besonders auf die kulturelle Verbundenheit insbesondere mit Deutsch-Österreich hingewiesen wurde. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß abgesehen von kulturellen auch rein wirtschaftliche Gründe eine solche Bevorzugung des Buchhandels seitens der Österreichischen bzw. der Ungarischen Nationalbank als gerechtfertigt erscheinen ließen. Kein anderer Handelsstand hat nämlich mit einer Ware zu handeln, die durch internationale Rechtsverträge derart eine Monopolware der Hersteller ist als das Buch, überhaupt das Druckwerk, das internationalen Urheberrechtsschutz genießt. Hieraus folgt ja, daß jeder andere Handelsstand sich eher mit im Land erzeugten Erzeugnissen behelfen und die Geschäfte aufrechterhalten kann als gerade der Buchhandel, der, wenn ihm durch gesetzliche Maßnahmen die Bezahlungs- und somit auch die Bezugsmöglichkeiten verstopft werden, solcher Maßnahme wirtschaftlich einfach erliegen muß. Auch würde weder dem österreichischen noch gar dem ungarischen Staate aus der Annahme eines solchen Vorschlags kaum ein größerer Schaden erwachsen als aus einer Freigabe der ja im Rahmen eines Staatshaushaltes geringfügigen Devisenbeträge für den Buchhandel.

Die Herren Curt Fernau, der Vorsitzende des Vereins Leipziger Kommissionäre, und der Unterzeichnete als Verlegermitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des Börsenvereins wurden beauftragt, diese Eingaben gemeinsam mit den österreichischen und den ungarischen Buchhändlervereinen den beiden Regierungen bzw. Nationalbanken vorzulegen. Unmittelbar nach ihrem Eintreffen in Wien hatten die beiden Herren eine Besprechung mit dem Vorstand des österreichischen Buchhändlervereins, anschließend Konferenzen mit der Wiener Handelskammer, dem Österreichischen Bundesministerium für Finanzen sowie der Österreichischen Nationalbank. Die Eingabe wurde abgegeben, sehr eingehend beraten und als sehr überzeugend befunden. Dennoch besteht aber leider zur Zeit wenig Aussicht, daß der ausgearbeitete Vorschlag angenommen werden kann, weil eben bedauerlicherweise die für Zahlungen nach Deutschland erforderlichen Devisen in Österreich nur in sehr begrenztem Maße zur Verfügung stehen. Jede Abgabe von Schillingen zwecks Ankauf anderer Devisen drückt auf den Kurs, und die österreichische Regierung erachtet es aus begreiflichen Interessen als ihre oberste Pflicht, den Schillingkurs unter allen Umständen aufrechtzuhalten. Diesem obersten Zwange müssen leider alle anderen Bedenken und Wünsche weichen.

Auf österreichischer Seite wurde ein zwar außerordentlich interessanter, aber keineswegs leicht durchführbarer Gegenvorschlag erörtert, der in großen Zügen von dem Grundgedanken ausgeht, innerhalb einer Fachgruppe, wie dem Buchhandel im